

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Preis: 2 Mal wöchentlich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch Träger und andere Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 3315, 3316, 3317. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 2 Pf., in der Provinz 1 Pf. — Anzeigen in der Provinz 1 Pf. 20. Belegpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 588

Montag, 18. November 1918.

72. Jahrgang.

Posen in polnischer Hand.

Richtlinien für die Demobilisation in der Metallindustrie.

Auf Anordnung des A. u. S.-Rates Frankfurt.

Auf Vorschlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind nach Verhandlungen mit dem Verbande der Metallindustriellen folgende Richtlinien für die Ueberleitung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vereinbart worden:

1. Es besteht die Verpflichtung zur Wiedereinstellung aller vom Heeresdienst Entlassenen und Kriegsverletzten bei der Firma, bei der sie am 1. Juli 1914 beschäftigt waren, soweit sie auf eine Wiedereinstellung reflektieren. Die Einstellung erfolgt zu Lohn- und Arbeitsbedingungen, die zurzeit für gleichwertige Arbeiter maßgebend sind.

2. Nach dem von der Regierung angekündigten Demobilisationsplan erfolgt zunächst die Entlassung der vom Arbeitgeber angeforderten Mannschaften. Die Aufforderung erfolgt nach Anhörung des Arbeiterrats.

3. Die Munitionserzeugung wird sofort abgebrochen und innerhalb einer Woche spätestens bis zum 22. November endgültig eingestellt.

Einwohner-Arbeitsdienst wird sofort aufgehoben; es wird nur in Posen gearbeitet und mit dem Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen, bis zu 2 Mark die Stunde für Männer und 1.20 M. für Frauen und jugendliche Arbeiter bezahlt.

4. Entlassungen sind solange als irgend möglich, auf jeden Fall in den nächsten vierzehn Tagen, also bis zum 2. November, zu vermeiden. Erfolgt im Einverständnis mit den Arbeitern und Arbeiterinnen eine frühere Lösung des Arbeitsverhältnisses, so haben die Beteiligten Anspruch auf Bezahlung des Durchschnittsverdienstes der letzten vier Wochen.

Um die Bahn und die Lebensmittelversorgung in Frankfurt zu erleichtern, wird zunächst auf die Dauer von vierzehn Tagen empfohlen, die entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb von Groß-Frankfurt, Offenbach, Seckheim, Friedheim, Nied und Schwanheim wohnhaft sind und nachweislich dauernd in der Metallindustrie tätig waren, auf Antrag der Beteiligten oder auf Veranlassung der Firma nach Anhörung des Arbeiterrats zu beurlauben. In diesen Fällen wird eine Beurlaubung von sieben Zehntel des Durchschnittsverdienstes der letzten vier Wochen gewährt.

Die tägliche Arbeitszeit wird auf höchstens acht Stunden mit vollem Ersatz des Verdienstes für Lohn- und Arbeitsbedienstete festgesetzt.

5. Eine weitere Einschränkung des Betriebes erforderlich, so ist diese mit den Arbeiterräten zu vereinbaren. Soweit die Arbeiter und Arbeiterinnen mit verkürzter Arbeitszeit nicht den anderthalbfachen Betrag der höchsten Arbeitslosenunterstützung erreichen, erhalten sie bis auf weiteres durch den Arbeitgeber einen entsprechenden Zuschuß.

6. Die Betriebsleitungen stellen in Gemeinschaft mit den Arbeiterräten diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen fest, die eventl. bereits in, aus den Betrieben auszufahren. Sind nach Einschränkung der Arbeitszeit Entlassungen unvermeidlich, so entscheiden sich diese zunächst auf:

a) ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, die früher auschl. in der Land- und Hauswirtschaft tätig waren, b) auf weibliche Arbeitskräfte, die nicht als Ernährer der Familie in Frage kommen und erst während der Dauer des Krieges in die Metallindustrie eingetreten sind; in Frankfurt wohnhafte kommen erst nach den in rein ländlichen Orten wohnhaften zur Entlassung;

c) die Angehörigen von Berufs, die erst infolge der Kriegsmittelwirtschaft in die Metallindustrie eingetreten sind.

7. Entlassungen größeren Umfangs sind vor ihrer Durchführung dem höchsten Arbeiterrat anzuzeigen.

8. Eine Herabsetzung der Löhne und Arbeitspreise ist unzulässig, solange die heutigen Lebensbedingungen keine wesentliche Ermäßigung erfordern.

9. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere deren Eheleute sind berechtigt und verpflichtet, bei der Durchführung dieser Richtlinien und allen sich aus der Demobilisation ergebenden Notwendigkeiten in und außerhalb des Betriebes tatkräftig mitzuwirken. Die für diese Tätigkeit erforderliche Zeit wird mit dem Durchschnittsverdienst der letzten 4 Wochen vergütet. Die erforderlichen Utensilien stellt der Arbeitgeber zur Verfügung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erkennt diese Vereinbarungen an und verordnet, daß dieselbe für alle Werstattungen, auch außerhalb der Metallindustrie sofort in Kraft tritt. Frankfurt a. M., 16. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Friedenskonferenz.

Zürich, 17. Nov. (Privat-Tel.)

Wenn Schweizerische Blätter zutreffend unterrichtet sind, wird die Friedenskonferenz voraussichtlich Anfang nächsten Monats in Versailles beginnen. Vorher, und zwar schon in den nächsten Wochen, werden die Ministerpräsidenten und die Außenminister der Entente über die Frage des Vorfriedens in Paris verhandeln. Wahrscheinlich werden diese Verhandlungen in der zweiten Dezemberwoche beginnen. An der eigentlichen Friedenskonferenz wird neben Präsident Wilson auch Staatssekretär Lansing teilnehmen.

Zusammenfluß des Bürgertums in Wiesbaden.

Mitglieder der Nationalliberalen Partei in Wiesbaden fanden sich am gestrigen Sonntag Vormittag wieder zusammen, um die Notwendigkeiten zu besprechen, die sich aus der weiteren Entwicklung der politischen Lage ergeben. Es herrschte volle Einkimmigkeit darüber, daß der Herrschaft der radikalen und sozialistischen Demokratie gegenüber eine Sammlung des Bürgertums notwendig sei, wenn es bei der Neuordnung der Dinge nicht unter die Räder kommen will. Auch darüber herrschte Einigkeit, daß die Nationalliberale Partei durch die Aenderung der Zustände keineswegs ihre Daseinsberechtigung verloren habe, daß aber das Parteiprogramm eine entschlossene Reform auf dem Boden der gegebenen Tatsachen erfahren müsse. Die Möglichkeit der Verschmelzung mit anderen bürgerlichen Parteien wurde ausgeprochen. Die Verhandlungen über ein Zusammengehen mit der Fortschrittlichen Volkspartei in Wiesbaden haben bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt; es scheint, als ob diese Partei ihre eigenen Wege gehen will, was aus dem Grunde bedauerlich wäre, weil dadurch die Geschlossenheit des gesamten nichtsozialistischen Bürgertums umwollig gemacht würde. Ausschluß der kommunistischen Wahlen zur Nationalversammlung sollte jede programmatische Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien vorläufig vermeiden und eine gemeinsame Plattform in der Notwendigkeit gefunden werden, soziale bürgerliche Abgeordnete zu entsenden wie nur möglich. Es kommt zunächst alles darauf an, daß das Bürgertum einen genügend starken Einfluß auf die Gestaltung der Verfassung bekommt, damit die einseitige Formung der deutschen Republik als sozialistische Konstellation verhindert wird. Die Nationalliberale Partei, die konservativen Parteien und die Nationalliberale Partei sind in einem wohlwolligen Zusammengehen bereit. Auch diese bilden schon eine sehr starke Gruppe, die mit entschlossenem, vielleicht ausschlaggebendem Gewinn aus dem Wahlkampf hervorgehen könnte. Es wurde beschlossen, zu nächsten Donnerstag eine Parteiverammlung in Wiesbaden einzuberufen, zu der auch andere Glieder des Bürgertums eingeladen werden, soweit sie die endgültige Neuordnung der Dinge im radikal-demokratischen Sinne nicht wünschen. In dieser Versammlung soll auch die Frage eines Bürgerrats für Wiesbaden zur Besprechung gestellt werden.

Letzter-Vorbeds Kapitulation.

London, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

General v. Lettow-Vorbeck, hat kapituliert.

Ein Telegramm aus London meldet noch, daß deutsche Truppen Lettow-Vorbeds in Ostafrika noch immer mit einer Truppenmacht von 1000 Eingeborenen und 300 Deutschen hantieren. Die Deutschen hätten keine Geschütze, aber viele Maschinengewehre.

Die Entente und der Kaiser.

Amsterdam, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Der „Telegraph“ schreibt: Er hat aus guter Quelle vernommen, daß die Entente sich auf den Standpunkt stelle, daß sie gegen die Anwesenheit Wilhelms von Holland in Holland keine Beschwerden erheben könne. Wenn die einer deutschen Privatperson gewährte Gastfreundschaft keine nicht einwenden, da Holland und Deutschland befreundete Mächte seien.

London, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Das deutsche Blatt „Daily Mail“ verlangt, daß der Kaiser, der als Erwerbsloser auszuweisen sei, der Entente ausgeliefert und vor Gericht gestellt wird. Wir nehmen von dieser Meldung lediglich aus dem Grunde Notiz, um darzutun, mit welcher mahnendsten Wahrscheinlichkeit der Kaiser, der als Privatmann in Holland wohnt, noch immer verfolgt wird. Wenn die Flucht des Kaisers nach Holland auch ein sehr betrübendes Ereignis war, mit dem sich der monarchische Gedanke noch immer nicht abfinden vermag, so müssen solche Gemeinheiten, wie sie die „Daily Mail“ sich herausnimmt, doch mit bester Entrüstung zurückgewiesen werden. Dem Diktator der angelsächsischen Presse empfehlen wir, wenn er glaubt, auf die Suche nach „Erwerbslosen“ gehen zu müssen, sich in seiner näheren Umgebung umzusehen; er wird nicht vergeblich suchen. Die Schriftl.

Untergang eines franz. Panzerkreuzers.

Wien, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Die Blätter melden: Bei den hiesigen Marinekreisen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Minischiff „Balder Rousseau“ beim Einlauf in die Bucht di Cattaro auf eine Mine gestoßen und gesunken sei. Der größte Teil der Besatzung soll gerettet sein.

Ein Handstreich des polnischen A. u. S.-Rates.

Berlin, 17. Dez. (Wolff-Tel.)

Dem „Vorwärts“ wird aus Posen gemeldet: Seit gestern befindet sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz in polnischen Händen, und zwar geschah diese Ummwandlung nicht durch den Einfluß der polnischen Legionen von außen her, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet man Maßnahmen zum Schutz der deutschen und der jüdischen Bevölkerung.

Die vorstehende Meldung traf am Sonntag abend ein. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag ereigneten sich die nachstehenden Depeschen:

Berlin, 17. Nov. (Privat-Tel.)

Die polnische Presseagentur teilt unserem Gewährsmann über die angeblichen Angriffe auf Posen und Oberschlesien folgendes mit:

Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerüchten von einer Bedrohung oder gar einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist.

Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Verhöhnung durch böswillige Ausbreitung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften.

Die Regierung Polens hat mit ihr das polnische Volk nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern über kritische Fragen soll nicht das Werk gewalttätiger Handreichungen, sondern das Ergebnis friedlicher, im Geiste der Verständigung getragener Verhandlungen sein.

Das polnische Volk weiß sehr wohl, daß es auch für die Zukunft mit dem deutschen Volk in engen Beziehungen leben will, und ist gewillt, diese Beziehungen im Geiste der Völkerverständigung zu friedlichen und freundschaftlichen auszubauen und gemeinsam mit dem neuen Deutschland wie mit jedem anderen Kulturvolk an den großen Aufgaben zu arbeiten, vor die der Zusammenbruch der alten und die Geburt der neuen Weltordnung die Menschheit stellt hat.

Heimkehr Deutscher aus Warschau.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

In Deutsch-Posen ist gestern aus Warschau der erste Heimtransport mit 800 deutschen Frauen und 100 Beamten eingetroffen. In Warschau ist alles ruhig. Die Deutschen sind wohlbehalten. Der weitere Heimtransport der Deutschen ist geregelt.

Kettchenburg, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Nach Vertretern des Soldatenrats Warschau zwecks Weiterleitung des Truppentransports nach der Grenze entsandt, wurde in deutschen Blättern Nachrichten über das Schicksal meiner Kameraden, die im höchsten Maße geeignet sind, deren Angehörige zu beruhigen. Ich stelle nochmals fest, daß ein gesicherter Abtransport begonnen hat und keinerlei Veranlassung zur Beunruhigung vorhanden ist.

Am Auftrage des Soldatenrats Warschau: Wagner.

Bolschewistische Greuelthaten in Kronstadt.

Sankt Petersburg, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Reisende aus Sankt Petersburg berichten, daß die Sozialisten in Kronstadt fünfhundert Gefangene auf Dampfschiffe geladen und diese versenken haben. Wer zu entkommen versuchte, wurde niedergeschossen, darunter auch der frühere Gouverneur von Finnland.

Der Handelsverkehr mit Holland.

Sankt Petersburg, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Das Ministerium des Innern hat von der deutschen Botschaft folgende Mitteilung erhalten:

1. Die deutsche Sperre ist aufgehoben.
2. Für den Abzug von Waren aus Deutschland ist keine Verpflichtungserklärung mehr notwendig. Dies gilt auch für die Durchfuhr durch Deutschland.
3. Die bisherigen Verpflichtungserklärungen treten außer Kraft. Die geleisteten Bankgarantien werden zurückgegeben.
4. Die von der deutschen Industrie für den Bezug und die Verteilung von Waren aus Deutschland errichteten Bureaus setzen ihre Arbeit im Einvernehmen mit den entsprechenden niederländischen Behörden fort.
5. Privatabkommen holländischer Abnehmer mit deutschen Lieferanten oder deren Vertreter werden durch das Obenstehende nicht berührt.

Die Verwaltungsbehörden in Preußen.

Das preussische Ministerium des Innern teilt mit: Durch den soeben veröffentlichten Rundschreiben an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß Vertreter des Arbeiter- und Soldaten- beziehungsweise Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben und, vorbehaltlich der Vereinbarungen im einzelnen, bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. — Soweit die Verwaltungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widersetzen, liegt kein Anlaß vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihrer Ämter zu entsetzen. Gleichwohl laufen fortgesetzt Meldungen über eine derartige Behinderung oder Amtsentsetzung ein. Hier fordern wir gründliche und baldige Remedur. Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksernährung, entstehen kann. An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung, den von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte zu ermöglichen. Glaubt der Arbeiter- und Soldaten- beziehungsweise Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem Ministerium des Innern vorbringen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preussischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von den örtlichen Arbeiter- und Soldaten beziehungsweise Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

Vom preussischen Eisenbahnministerium.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tele.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“) schreibt: Der nach 12-jähriger Tätigkeit aus dem Amte scheidende Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach verabschiedete sich gestern vormittag im Festsaal des Dienstgebäudes von den Beamten des Ministeriums und denen des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Zum Minister der öffentlichen Arbeiten wurde bekanntlich der bisher schon in den Eisenbahnministerien des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten tätige gewesene Ministerialdirektor Hoff ernannt. — Doch gerade dieser bewährte Beamte, der viele Jahre lang auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik und besonders der sozialen Fürsorge mit hervorragendem Erfolge arbeitete, durch das Vertrauen der Volksgemeinschaft an die Spitze dieser wichtigen Verkehrsverwaltung berufen wurde, wird vor allem in den Eisenbahnerkreisen selbst mit besonderer Genugtuung begrüßt werden. Schon in allerhöchster Zukunft sind bedeutende Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstvereinfachungen und Einkommenverbesserungen für Beamte und Arbeiter zu erwarten.

Zum Schutze der Volksgesundheit.

Ein Aufruf des Volksgesundheitsrates der A. u. S.-Räte.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tele.) Männer, Frauen! Soldaten, Matrosen! Das höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit. Der Volksgesundheitsrat droht die schwerste Gefahr, wenn bei der schnellen Demobilisierung Seuchen und sonstige ansteckende Krankheiten auftreten oder gar sich häufen.

Nassauisches Landestheater.

Montag, den 18. November, abends 8.30 Uhr. 10. Vorst. Nr. 6.
Der Schöpler.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Hans Müller.
Im Sinne geleitet von Herrn Regisseur Dr. Ewensport als Geh.
Ende nach 9.45 Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.

Montag, 18. Novemb.:
Nachmittags 4 Uhr:
Abonnements-Konzert
Städtisches Kurorchester.
Abends 8 Uhr:
Edvard-Grieg-Abend.
Städtisches Kurorchester.

Thalia

Größtes Lichtspielhaus.
Kirchgasse 72. Telefon 6187.
Erstaufführung
des sensationellen Helvetia-Films
Zigeunerleidenschaft
Drama in 5 Akten.
Eine tolle Wette
Eine lustige Detektivgeschichte
in 2 Akten.
Die Wendelsteinbahn.

Kammer-Lichtspiele
Intime Lichtbühne
Mauritiusstr. 12. Telefon 6137.
HenckyPorten
in d. 4 akt. Bauernkomödie
„Holzkobler d. Olyssens“ als
Josepha
d. Wirtin, zu d. drei Mohren
Zerstörte Ideale
Künstlerdrama in 3 Akten
mit Thea Sandten. 11.00

Zur gefälligen Mitteilung

Meine Geschäftsräume, die durch Bombeneinschlag sehr beschädigt waren, sind wieder hergestellt und ist der Betrieb wieder voll aufgenommen.

Waschanstalt W. Rund

Spezial-Geschäft für Stärke-Wäsche
Riehlstrasse 8 und Römerberg 1

NB. Annahme von Stärkewäsche von Jedermann und in jeder Menge. —:- Fertigstellung von Montag zu Samstag.

Diese ungeheure Gefahr muß abgewendet werden. Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, suche sofort einen Arzt auf oder bleibe solange im Quartier in Beobachtung, wie der Arzt es ihm sagt. Die Maßnahmen der Gesundheitsleitung sind aufs Eifrigste zu befolgen. Wer verläßt sich, sorge für schleunige Entlassung. Ansteckende Krankheiten sind insbesondere: Typhus, Ruhr, Epphus und Geschlechtskrankheiten. Wer sich nicht in Behandlung begibt oder das Quartier vorzeitig verläßt, verfährt sich selbst. Erstens an sich selbst, weil sein Leiden schwer oder später gar nicht zu heilen ist, zweitens an seiner Familie und seinen Angehörigen, die er mit Ansteckung schwer bedroht und drittens an der Gesundheit des ganzen Volkes. Das ist der Rat, den auch erfahrene, um das Volkswohl besorgte Ärzte geben.

Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrates:
Wolfsbühne, Rth. Müller.
Die Bevollmächtigten des Volksgesundheitsrates:
Gerson, Wagner.

Zur Geschichte des Gefuchs um Waffenstillstand.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tele.) In einem Sonderdruck der „Preussischen Jahrbücher“ wird eine Rede des Prinzen Max von Baden veröffentlicht, die dieser in der bayerischen Ersten Kammer gehalten wollte, doch durch die Ereignisse verhindert wurde. Es heißt in der Rede u. a.:

„Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es erschien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis der deutschen Schwäche zu begleiten. Weder das deutsche Volk noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzichtungsangebot notwendig gewesen wäre. Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung solle als ihre erste Handlung ein detailliertes Friedensprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machen und unsere Bereitwilligkeit zeigen sollte, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht gewartet werden, die Lage an der Front erfordere binnen vierundzwanzig Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgab, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unermesslich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbefleckten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.“

Nach unserer Kenntnis der Vorgänge, die zum Waffenstillstandsangebot geführt haben, beruht die Darstellung des Prinzen Max auf Nichts.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 18. November.

Nassauischer Landeshauptmann. Als Vertretung der Bauern, Handwerker, gewerblichen Arbeiter und der ganzen werktätigen Landbevölkerung Nassaus hat sich am

Samstag ein provisorischer Nassauischer Landes-Bauernrat gebildet. Dieser wird gemäß Erlass der preussischen Landesregierung vom 14. November 1918 allgemein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als Kontrollinstanz zu den Verwaltungsbehörden hinzutreten. Die endgültige Wahl des Nass. Landes-Bauernrates wird demnächst durch die Kreis-Bauernräte erfolgen. Der Nass. Landes-Bauernrat soll alle Kräfte der Nassauischen Landbevölkerung aus gemeinsamen Mitarbeit an der Neuordnung zusammenfassen. Der provisorische Landes-Bauernrat fordert in einem Aufruf die Landbewohner auf, in den Gemeinden, in denen dies noch nicht geschehen ist, sofort Bauernräte, oder, je nach den örtlichen Verhältnissen, gemeinsame Bauern- und Arbeiterräte zu wählen. Die örtlichen Bauernräte bilden sofort einen Kreis-Bauernrat. Die Kreis-Bauernräte wählen alsbald je einen Vertreter, sowie einen Stellvertreter für den Nassauischen Landes-Bauernrat.

Freiwerdende Rauchwaren. Es ist anzunehmen, daß bei der möglichst raschen Demobilisierung der Bedarfe der Deutschen Zentrale für Beschaffung von Rohstoffen und Rohstoffen, die seither als Rohstoffe und Rohstoffen der Reichsregierung geliefert wurden, schon zurückerhalten und ständig weiter im Abnehmen ist. Die abzuliefernde Rohstoffmenge der Reichsregierung sollte aus diesem Grunde auch eingeschränkt werden. Es würden dann wieder größere Mengen Rauchwaren für den Kleinhandel frei. Allerdings müßte gleichzeitig dafür gesorgt werden, daß Rohstoffe und Rohstoffe zu mäßigen Preisen in den Handel kommen.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

d. Mainz, 16. Nov. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete einmütig zum besoldeten Beigeordneten gewählt. Für die allgemeine Ortskrankenkasse, die durch die Munitionsinflation fortwährend mit großem Krankenstand zu rechnen hatte, wurde ein monatlicher Zuschuß von 60.000 Mark vorübergehend bewilligt. Die Preise für den elektrischen Strom wurden pro Kilowattstunde um 2 Pf. erhöht. Die städtischen Bauarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

* Frankfurt a. M., 17. Nov. Die Volkskammer wird vom Montag ab auf 11½ Uhr festgelegt. Der Straßenschnellzug ist nunmehr auch nach 12 freigegeben worden.

3. Wollenshausen (Oberlahnkreis), 17. Nov. Persönliches. Die durch Verletzung des Lehrers Wilhelm nach Frankfurt a. M. freigesetzte Lehrerin ist am 15. November der Schulanfängerin Emilie Kaefer aus Dortmund übertragen worden. Bürgermeister Lens, welcher 8 Jahre unserer Gemeinde vorstand, ist auf weitere 8 Jahre einstimmig wiedergewählt worden.

Fe. Friedberg, 16. Nov. Der Direktor des hiesigen Predigerseminars, Gehheimer Kirchenrat Professor Dr. Schoell, hat einen ehrenvollen Ruf in den Dienst seiner württembergischen Heimat erhalten und angenommen. Er ist als Präsident und Generalinspektor der Diözesen Neustadtlingen mit dem Sitz in Stuttgart angetreten.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: H. E. Eisenberger; für Stadt- und Stadtnachrichten, Gericht und Sport: I. E. Hans Kaefer; für die Anzeigen: Jos. Bahrer; sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Residenz-Theater.

Montag, den 18. November. Abends 7 Uhr.
Frauchen freit!
Musikalischer Schwan mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Leo Ranner und Alfred Müller, Gesangsdirigiert von Hans Lorenz. Musik von Fr. Gellert.
Ende nach 9.30 Uhr.

Kinephon Monopol

Lounsbir. 1, nahe Kochbrunnen. Telefon 140. Wilhelmstr. 8, Haltepl. Rheinstr. Telefon 140.

Mia May

in ihrem neuesten und besten Werk:

Zhr großes Geheimnis

Die Tragödie der Fürstin Tatjana Korinskaja. 4 Akte! 4 Akte!

Dalmatien, das Sonnenland. Herrliche Naturbilder.

Schnurzeils Abenteuer. Röllischer Schwan in 3 Akten.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Pianos

neu und gespielt
gute Marken
empfiehlt 17648

Franz Schellenberg
Kirchgasse 33.

Adoption

Knabe oder Mädchen von ca. 4 Jahren, nur besserer, auch bister, Herkunft und geistiger Abkunft, wird von Beamtenfamilie als eigen angenommen, gegen einmal. groß. Erziehungsbeitrag. Ggf. Anzeigte möglichst mit Bild unter Z. 301 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Riehlstr. 11. 1113

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg

Seit 1890: 333 Einjähr., 235 Primaner (7,8 Kl.). In den Kriegsj. 137 Einjähr., 66 Prima O. L. Familienheim.

Bekanntmachung.
Betr.: Schließung von Schweinen.

Bis auf Weiteres ist die Schweinefleischhalle wegen Rohstoffmangel und aus technischen Gründen nur Dienstags und Samstags von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 8 Uhr geöffnet.

Wiesbaden, den 16. November 1918.
Stadt, Schlachthof-Verwaltung.

Wiesbaden, Bodingenstraße 4, I. links

Über der Lebensmittelausgabestelle für Kranke und Urlauber, direkt hinter dem Kaiser Friedrich-Bad.

A. L. EINTHOVEN

in der Schweiz und Holland approbierter

Zahnarzt

Sprechstunden: Vorm. 9—12 Uhr, nachm. 3—6 Uhr, ausser Sonn- und Feiertags. 1918

Die Grippe

sowie sonstige ansteckende Krankheiten verhindern Sie, wenn Ihre Wäsche stets mit Schmitz-Bonn's

„Wasch- und Bleichhülfe“

nur 1/2 Stunde gekocht wird.

Schmitz-Bonn's „Wasch- und Bleichhülfe“ hat außer einer großen Bleich- und Reinigungskraft eine vorzügliche Desinfektionswirkung und werden durch Kochen der Wäsche mit „Wasch- und Bleichhülfe“ alle Krankheitskeime vernichtet. Schmitz-Bonn's „Wasch- und Bleichhülfe“ ist kein ätzendes scharfes Waschmittel, daher vollständig unschädlich für die Wäsche.

„Wasch- und Bleichhülfe“ ist vom Kriegsausschuß unter Nr. 2503 genehmigt; man achte darauf, daß jedes Paket den Aufdruck

„Wasch- und Bleichhülfe“

trägt. Alleine Fabrikanten:
SCHMITZ-BONN SÜHNE,
Chem. Fabrik Düsseldorf-Reisholz.



Paul Rehm, Zahn-Praxis

Friedrichstrasse 50, I.

Zahnchirurgische, Zahnziehen, Nervösen, Plombieren, Zahngüllungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m.
Sprechstunden: 9—6 Uhr. — Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamtenvereins.
„Kriegsbeschädigte Sonderbedingungen.“